Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 1.10 Mk., monatlich 0.50 Mk., durch die Post 3.30 Mk. ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Zeitungsspeditionen angenommen. In einzelnen Zeitungs-Exemplaren unter „Saale-Zeitung" eingesandte Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückbrief nur mit Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Sammelnummer der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142 der Sonder-Abteilung Nr. 1133 Geschäftsstelle Leipzig 4606.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unserer Hauptgeschäftsstelle und allen Anzeigen-Geschäftsen angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. – Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle a. S.

Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle Marktl 24.

Nr. 39. Halle, Mittwoch, den 24. Januar 1917.

Wilsons Botschaft an den Senat.

Wilson will keine Sieger — Unklare Anschauungen über nationale Selbstbestimmungsrechte.

Die Botschaft ist bereits zu einem großen Teil in der Stadtauflage der „Saale-Zeitung" von gestern abend enthalten. Wir wiederholen sie in nachstehendem vollständig. Die Red.

WTB. Berlin, 23. Januar. Der Text der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat ist der deutschen Regierung von dem hiesigen amerikanischen Botschafter Gerard heute überreicht worden.

Wien, 22. Januar. (Meldung des k. k. Korr.-Bur.) Nach einer Meldung der hiesigen amerikanischen Botschaft richtete Wilson am gestrigen Tage an den Senat der Vereinigten Staaten betreffend die Friedensfrage nachstehende Botschaft:

Meine Herren vom Senat! Am 18. Dezember des vergangenen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin vor irgendeiner kriegführenden Gruppe geschehen war.

Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten,

wie unser eigener einer ist, deren vitalste Interessen zum größten Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden. Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagt, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu eine Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern.

Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzugehen, die Vergütungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen (terms of Reparation) angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch

der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher

gekommen. Wir befinden uns um so viel näher der Erörterung des internationalen Konzerts, das nachher die Welt zur Beobachtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß. In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgend ein bestimmtes Einvernehmen der Mächte (concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgend eine Katastrophe, wie die gegenwärtige, jemals wieder über uns hereinbricht. Jeder Menschenfreund, jeder vernünftige und denkende Mann muß das als ausgemacht ansehen. Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil ich es Ihnen, als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rat, schuldig zu sein glaubte, Ihnen rückhaltlos die Gedanken und die Absichten zu enthüllen, welche in meinem Geiste Gestalt angenommen haben bezüglich der Verpflichtung unserer Regierung in kommenden Tagen, wo es notwendig sein wird,

die Grundmauern des Friedens unter den Völkerschaften nach einem neuen Plan zu regeln.

Es ist undankbar, daß die neutralen Völker oder die Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollten. Die Teilnahme an solchem Dienst wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich, schon durch Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte Praxis seiner Regierung seit jeher vorbereitet gesucht hat, seit den Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, daß diese in all ihrem Sein und Tun der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möge.

Unser Volk ist es sich selbst und den anderen Nationen der Welt schuldig, die Bedingungen festzustellen, unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu bringen. Dieser Dienst besteht in nicht weniger als folgendem: Zur Gewicht und ihre Macht dazu dem Gewicht und der Kraft anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern.

Solch eine Regelung kann jetzt nicht mehr länger verschoben werden.

Es ist in Ordnung, daß, bevor es dazu kommt, unsere Regierung freimütig die Bedingungen formuliert, unter denen sie sich berechtigt hält, von unserem Volk die Zustimmung zum

formellen und feierlichen Beitritt zu einer Friedensliga zu verlangen.

Es ist mein Zweck, die Feststellung dieser Bedingungen zu versuchen. Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendet werden.

Aber wir sind es der Gerechtigkeit und gewissenhaften Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung schuldig zu sagen, daß es, insoweit unsere Teilnahme an der Verbürgung des künftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied macht, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen dieser Krieg beendet wird. Die Verträge und Uebereinkommen, die ihn beenden, müssen Bedingungen vorzeichnen, die einen Frieden schaffen, der der Beifall des Menschheit erringen wird und nicht nur einen Frieden, der den Einzelinteressen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen wird. Alle lassen keine Zweifel darüber, daß sie [illegible]

wir sollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der Festsetzung. Ob diese Bedingungen von Bürgen eines allumfassenden Bundes (universal covenant) bleibend gemacht werden oder nicht, und unser Urteil über dasjenige, was eine grundlegende und wesentliche Bedingung der Beständigkeit ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es zu spät sein könnte. Kein auf dem Zusammenwirken herrührender Friedensbund, der nicht die Völker der neuen Welt in sich schließt, kann ausreichen, um die Zukunft vor dem Krieg zu sichern, und doch gibt es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von Amerika sich zugesellen könnten.

Die Elemente dieses Friedens müssen Elemente sein, welche das Vertrauen der amerikanischen Regierung verdienen und ihren Prinzipien Genüge leisten, Elemente, die zu dem politischen Glauben und den praktischen Ueberzeugungen stimmen, die die Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und zu verteidigen unternommen haben. Ich will nicht sagen, daß irgendeine amerikanische Regierung irgendwie sich irgendwelchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, auf welche die gegenwärtigen kriegführenden Regierungen sich einigen möchten, noch daß sie es versuchen würde, solche Vereinbarungen, wenn sie geschlossen sind, umzustoßen, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausgemacht, daß

bloße Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden nicht einmal die Kriegführenden selbst befriedigen werden.

Bloße Vereinbarungen dürfen den Frieden nicht sichern. Es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu verbürgen, eine Kraft, welche größer als diejenige irgendeiner der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgendeines bisher gebildeten oder geplanten Bündnisses ist, so daß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Friede dauerhaft sein soll, so muß es ein Friede sein, der gesichert erscheint durch eine organisierte größere Kraft der Menschheit. Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Friede ist, für den eine solche Bürgschaft gesichert werden kann. Die Frage, von der für die Zukunft Friede und Glück der Menschheit in ihrer Länge abhängt, ist die:

Ist der gegenwärtige Krieg nur ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte (balance of Power)? Wenn es nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer soll, wer kann diese Stabilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann dieses. Beide kriegführenden Völkergruppen haben unzweideutig erklärt, ihre Gegner nicht vernichten zu wollen. Nach unserer Meinung ist in diesen Versicherungen vor allem begriffen, daß es Frieden werden muß, ohne Sieg; denn ein Sieg würde einen dem Unterlegenen aufgezwungenen Frieden bedeuten und als Demütigung, Härte und unerträgliches Opfer betrachtet werden.

Nur ein Friede unter gleichen Bedingungen kann Dauer haben.

Ein dauerhafter Friede muß den Grundsatz anerkennen, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten und daß

es kein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären.

Ein dauerhafter Friede muß die unverletzliche Sicherheit der Lebens, der individuellen und sozialen Entwicklung aller Völker gewährleisten.

Die Freiheit der Meere ist eine Bedingung für den Frieden

und die Zusammenarbeit ebenso wie der ununterbrochene, freie und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk. Das Problem der Freiheit der Meere ist mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt bei der Sicherung der Meere eng verknüpft. Auch die Fragen der

Begrenzung der Landarmee

müssen ohne Voreingenommenheit im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden. Die Rüstungsfrage ist am unmittelbarsten mit dem künftigen Geschick der Völker verknüpft.

Ich schlage deshalb vor, es mögen sich

die Völker eigenmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe zu eigen machen,

daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgend ein anderes Volk oder eine andere Nation zu erstrecken, sondern daß es vielmehr jedem Volk, einem kleinen sowohl wie einem großen und mächtigen, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle

Völker unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln,

die sie in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, sie in ein Netz von Intrigen und Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. [illegible] einem Konzert [illegible] es keine verwickelten Allianzen. Denn [illegible]

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 23. Januar. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Bulgaren gewannen bei Tulcea das Norduser des Sankt Georg-Armes. An der unteren Putna wurden russische Vorstöße abgewiesen. Ebenso fühlten südlich des Casinu-Tales feindliche Abteilungen vergeblich in unsere Stellungen vor.

Bei der Armee des Generalobersten v. Koeveß stellenweise lebhafterer Geschützkampf. Weiter nördlich ist bei den k. u. k. Truppen nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nächst Görz nahmen unsere Jagdkommandos einen feindlichen Graben, brachten 3 Offiziere und 134 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 3 Maschinengewehre, sonst ist die Lage unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 23. Januar, abends. (Amtlich.)

Im Westen nur geringe Gefechtstätigkeit.

An der Ostfront ist südwestlich von Riga der Artilleriekampf aufgelebt.

Letzte Depeschen.

Siegreiches Seegefecht in der Nordsee.

WTB. Berlin, 23. Januar 1917. (Amtlich).

Bei einem Unternehmen von Teilen unserer Torpedostreitkräfte kam es am 23. früh in den Hoofden zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Seestreitkräften. Hierbei wurde ein feindlicher Zerstörer während des Kampfes vernichtet, ein zweiter wurde nach dem Gefecht in sinkendem Zustande von unseren Flugzeugen beobachtet. Von unseren Torpedobooten ist eines in Seenot befindlich mit starker Havarie im holländischen Hafen Ymuiden angelaufen. Die übrigen sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes
v. Behncke.

Griechenland zur Auslieferung seiner Handesflotte bereit.

c. B. Amsterdam, 23. Jan. Die „Daily News" schätzen den Raum der in den Ententehäfen liegenden griechischen Frachtschiffe auf 7000 Tonnen. Das Blatt fügt hinzu, daß die griechische Regierung bereit sei, die Wünsche der Entente betreffs Uebernahme der Frachtschiffe zu erfüllen.

Uebersiedelung des rumänischen Hofes nach Odessa!

c. B. Stockholm, 23. Januar. Die Uebersiedlung des rumänischen Hofes und der rumänischen Regierung aus Jassy nach russischem Gebiet dürfte nunmehr in allernächster Zeit erfolgen. Anfangs bestand die Absicht, Hof und Behörden nach Kischinew zu verlegen. Diese Absicht ist jedoch aus militärischen Gründen fallen gelassen und dafür Odessa in Aussicht genommen. Für die rumänische Königsfamilie wird in Odessa das sogenannte Woronzowsche Palais instand gesetzt, während das dortige kaiserliche Schloß für die rumänischen Ministerien eingerichtet wird. Das Hotel London wird zu rumänischen Beamtenwohnungen verwendet, während die rumänische Kanzlei in das Gebäude des Odessaer deutschen Handwerkervereins ziehen soll.

(Weitere Depeschen siehe auch Seite 2.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170124019/fragment/page=0001

alle vereinigen, um in demselben Geiste zu demselben Zwecke zu handeln, so wirken alle in gemeinsamem Interesse und genießen die Freiheit und ihr eigenes Leben unter gemeinsamem Schutz. Ich schlage vor, eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die in einer internationalen Konferenz auch anderer Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus dem Heere und der Flotte lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für den Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht. Dies sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere können wir nicht eintreten, und es sind die Grundsätze und Richtlinien vorausschauender Männer und Frauen allerorten in jedem neuzeitlichen Volk, in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen zur Geltung gelangen.

*

Herr Wilson scheint aus der Antwort der Entente noch etwas anderes als eine höhnische Ablehnung seines Vorschlages herausgelesen zu haben, wenn er erklärt, daß wir dadurch dem Frieden näher gekommen sind. Vielleicht hat er mündlich von den Botschaftern der Entente Zusicherungen erhalten, auf die sich diese Ansicht stützen könnte. Wir kennen solche Zusicherungen nicht und vermögen daher aus der Note nichts anderes herauszulesen, als darin steht. Was aber in der Antwortnote der Entente enthalten ist, widerspricht in jedem Punkte fast dem Ideal, das sich der Präsident von dem kommenden Frieden gemacht hat. Wilson meint, „daß es ein Frieden werden muß ohne Sieg", die Entente aber sagt, sie könne nur nach einem vollständigen Siege über den Vierbund Frieden schließen. Der Präsident will jeder kleinen und kleinsten Nation ein Selbstbestimmungsrecht gesichert wissen, die Entente will die Türkei vollständig zerschlagen, Oesterreich-Ungarn in kleine ohnmächtige Partikel auflösen, dem Deutschen Reiche vorschreiben, wie und von wem es sich regieren lassen soll, ihm die Ostprovinzen und das Reichsland nehmen. Die bulgarische Bevölkerung soll in den vom Vierbund eroberten Gebieten Serbiens und Rumäniens von Bulgarien losgerissen werden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten müßte also, will er das Gewicht und die Macht der großen amerikanischen Republik dem Gewicht und der Macht eines Teiles der Kriegführenden hinzufügen, sich konsequenterweise an die Seite des Vierbundes stellen.

Wir glauben allerdings nicht an diese Möglichkeit. Wenn aber der Kampf ausgekämpft werden muß, wenn es Sieger und Besiegte gibt, dann dürfte auch die Macht Amerikas nicht groß genug sein, um dem Sieger zu wehren, daß er sich schadlos hält, so gut er's kann.

Und nun das neue Nationalitätenprinzip, das der Präsident der Vereinigten Staaten aufstellt! Ist dieses befolgt, als er die dänischen Antillen für bares Geld kaufte? Oder hat man bei der Eroberung der Philippinen nach dem Selbstbestimmungsrecht und den Wünschen der Philippinos gefragt? Ja selbst in Kuba dürfte es eine recht starke Partei, die stärkste auf der Insel, gegeben haben, die von der Intervention der Union nichts wissen wollte. Mexiko hat ebensowenig die Einmischung der Union gewünscht. Wo fängt nun das Recht der kleinen Nationen an und wo hört es auf?

Wilson gibt auch der Monroedoktrin eine neue eigenartige Auslegung. Bisher hieß es stets, daß nur die Vereinigten Staaten, keine europäische Nation, sich in die Angelegenheiten amerikanischer Staaten mischen dürfe. Jetzt soll auf einmal jede kleine Nation auch in Amerika nach der Monroedoktrin frei über ihr Geschick bestimmen können? Das ist zum mindesten beim Bau des Panamakanals noch nicht so ausgelegt. Und wie will Wilson die Wünsche der kleinen Völker erkunden? Abstimmungen geben kein richtiges Bild, wenn sie von größeren Bezirken vorgenommen werden, da die Wünsche in einzelnen Teilen des Bezirks weit auseinandergehen können.

Mag Herr Wilson die Frage der Nationalitäten, für uns ist sie ja nicht einmal so wesentlich als für unsere Gegner, noch einige Jahre studieren. Vielleicht wird ihm dann selbst klarer, was er will. Wir müssen uns zunächst an die reale Tatsache halten, daß der Friedensareopaß, den Wilson wünscht, noch nicht besteht, als der Krieg ausbrach, daß wir von den Gegnern überfallen und in unserer Existenz bedroht sind, und daß sie keinen Frieden mit uns schließen wollen, der nicht der Friede des Siegers ist. Daher müssen wir — trotz der schönen Theorien Wilsons — weiterkämpfen bis zum Siege. D.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

(Wiederholt. Bereits im größten Teile der gestrigen Abendauflage enthalten.)

Der Donau-Arm bei Tulcea überschritten.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Nordöstlich von Armentières drangen Erkundungsabteilungen bayerischer Regimenter in die feindlichen Gräben und kehrten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück. Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Trupps wurden abgewiesen.

Im übrigen behinderte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Düna und nordwestlich von Luck steigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer.

Westlich von Dünaburg vertrieb unsere Grabenbesatzung eine russische Streifabteilung, die im Morgengrauen in die vorderste Linie eingedrungen war.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

An einigen Stellen der Waldkarpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei sichtigem Frostwetter zu regem Artilleriekampf.

Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Slanic- und Putna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Casinu-Tales stärkere feindliche Vorstöße zurück.

Front des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Am unteren Putna-Laufe hatten Vorpostengefechte ein für uns günstiges Ergebnis.

In der Dobrudscha überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den südlichen Mündungsarm der Donau und hielten seim Norduser gegen russischen Angriff.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die blühende amerikanische Industrie.

c. B. Amsterdam, 23. Januar. Seit Beginn des Krieges bis Ende 1916 sind in den Vereinigten Staaten neue Unternehmungen mit einem Kapital von annähernd 4 Milliarden Mark gegründet worden. Davon entfallen allein 525 Milliarden Mark auf Kriegsmaterialfabriken, während in der chemischen und Farbstoffindustrie 775 Millionen und in Schiffahrtsgesellschaften über 400 Millionen Mark neu investiert wurden.

Das Fideikommißz-Gesetz.

Der frühere Fideikommißgesetz-Entwurf, der einer umfangreichen Bindung des Großgrundbesitzes entgegenarbeiten sollte, war in der Hand der Kommission vor seiner Versenkung durch den Schluß des Landtages zu einer Begünstigung der Fideikommißbildung umgearbeitet worden. Der jetzt vorliegende Entwurf sieht eine noch weitere Bindung von Grund und Boden vor, indem er auch bäuerlichen Besitz in das Gesetz hineinzieht. Das wird damit gerechtfertigt, daß in den Kommissionsverhandlungen über den früheren Entwurf der Wunsch laut wurde, bäuerlichen Besitz der Aufsaugung durch den Großgrundbesitz zu entziehen. Man geht diesem Ziele nun allerdings auf eine Weise nach, die dem Ideengang der großen Masse der Bevölkerung sicherlich nicht entspricht. Durch das Anerbenrecht in verschiedenen preußischen Provinzen ist ohnehin bereits eine sehr weitgehende Bindung von Grund und Boden erfolgt, wird durch die Bildung von bäuerlichen Fideikommissen diese Tendenz verstärkt, so wird der zur Verfügung stehende freie Grund und Boden in erhöhtem Maße der Kauflust entzogen und so der Preis für noch verfügbares Land ins Ungemessene gesteigert. Das liegt keineswegs im Interesse der gesamten Landwirtschaft, da damit die Gestehungskosten der Bodenfrüchte so erhöht werden, daß selbst der Schutzzoll nicht mehr imstande ist, die landwirtschaftliche Produktion ertragreich zu gestalten.

Auf der anderen Seite jedoch liegt eine Gefahr vor, die jetzt im Kriege weite Kreise für die Zukunft des Volkes besorgt gemacht hat. Durch exakte, wissenschaftliche Feststellungen ist, wie auch hier bei der Erörterung des Geburtenrückganges im Bund zur Förderung und Erhaltung der Volkskraft seinerzeit bestätigt wurde, erwiesen, daß der befestigte Grundbesitz eine erheblich geringere Nachkommenschaft aufzuweisen hat als der freie Grundbesitz. Es ist das ganz natürlich, da der Familiensinn des Bauern und Großgrundbesitzers es als ungerecht empfindet, daß ein Kind den gesamten Besitz erbt und die anderen mehr oder weniger leer ausgehen. Das führt zur gewollten Geburtenbeschränkung und damit zu einer Schwächung unserer Volkskraft.

Der nationalliberale Sprecher im preußischen Abgeordnetenhause, Dr. Lohmann, wies auch mit Recht darauf hin, daß die Bestimmungen über den Besitz der Fideikommisse sehr häufig Todfeindschaft innerhalb der Familien hervorrufen. Es wird daher nicht nur die allgemeine landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, sondern auch die Produktion an Menschen und der Familiensinn der Landbevölkerung durch ein solches Gesetz im ungünstigen Sinne beeinflußt.

Ja, die Wirkung geht noch weiter.

Wenn der Landwirtschaftsminister, Freiherr von Schorlemer, es anzweifelt, daß der Großgrundbesitz landwirtschaftlich sehr bedeutend weniger leistet, als der Kleingrundbesitz, so wäre ihm zu empfehlen, daß er sich einmal die Ziffern der von der Ansiedlungskommission herausgegebenen Denkschriften etwas genauer ansieht. Es ist daraus zu ersehen, daß nicht nur bei der Viehproduktion der kleinbäuerliche Besitz das Zwei- und Drei- und Vierfache leistete, sondern auch die Getreideproduktion sich bei den Aufgeteilten bedeutend erhöht hat und die Steuerleistung das Fünf-, Sechs-, ja Zehnfache von dem ergibt, was der Großgrundbesitz vorher aufbrachte. Die Befürchtung, daß der kleinbäuerliche Besitz keine Zuckerrüben bauen würde ist kaum stichhaltig Wenn man von den, jetzt in der Kriegszeit, abnormen Verhältnissen absieht, bietet der Zuckerrübenbau auch dem bäuerlichen Besitz einen so großen Vorteil, daß in den Gegenden, in denen der Rübenbau möglich ist, auch bäuerliche Besitzer in immer weiterem Umfange Zuckerrüben angebaut haben. Die Zuckerfabrik in Kulmsee z. B. hat nach der Besiedlung durch die Ansiedlungskommission einen ungeheuren Aufschwung genommen und ist heute die größte Fabrik, die wir in Deutschland haben. Sie baut ihre Produktion zum größten Teile auf den Abschlüssen mit den bäuerlichen Besitzern auf.

Im übrigen ist durchaus mit Recht von dem fortschrittlichen Redner, dem Abgeordneten Waldstein, darauf hingewiesen, daß der gebundene Besitz einen erheblich geringeren Steuerertrag liefert als der ungebundene. Das ist in einer Zeit, in der der Steuerertrag durch jedes einwandfreie Mittel gehoben werden muß, wichtig genug. Abg. Waldstein hat auch zutreffend darauf aufmerksam gemacht, daß in vielen Fällen der gebundene Besitz bedeutend schlechter wirtschaftet als der ungebundene. Mir selbst sind aus meiner Heimat Ostpreußen verschiedene

Der Sohn des Großkaufmannes.

Roman von Lola Stern.

63. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Gert stöhnte beim Lesen, er schrie manchmal auf wie ein verwundetes Tier. Dann fuhren die feinen Finger der schlanken Frauenhand beruhigend, liebkosend über seine fiebernde Stirn.

Manches in dem Buch wich ab von dem, wie es Gert geschildert. Aber die Grundidee blieb dieselbe, das Wollen und Können des Helden, des Bezwingers der Luft. Selbst die Liebestragödie, die er erlebte, hatte eine Aehnlichkeit mit der, die Gert geschildert hatte.

Und am Schlusse des grandios geschriebenen Buches kam die Katastrophe, die auch Gert beschreiben gewollt, vor deren Schilderung er jetzt stand.

Sie war in diesem Roman mächtig, überwältigend, wunderbar geschildert, mitreißend und packend, Grauen und Mitleid und Bewunderung erweckend.

Und Gert fühlte, daß er nie so zu schreiben vermocht hätte, daß es ihm unmöglich war, diese Bilder, diese Farben, diese Sprache zu gebrauchen.

Er stand vor einem Meisterwerk.

Und seine eigene Arbeit erschien ihm klein und wertlos und unbrauchbar. Er hatte ja nie geglaubt, ein Meisterwerk schaffen zu können, aber daß es nun gerade derselbe Stoff war, den sich dieser Große ausersehen, daß er hier las, wie dieses Problem zu behandeln, zu lösen war, das nahm ihm den letzten Rest von Mut. So hätte sein Roman auch werden können, wenn er die Kraft, die Gabe besessen, die dieser Mann hatte. Und wie war er geworden?

Es war Mitternacht, als die beiden das Buch zu Ende gelesen hatten.

Die Speisen, die Maya ihnen gebracht, standen unberührt.

Gert fragte:

„Was sagst du zu dem Buch?"

„Es ist ein Meisterwerk, Gert! Aber trotz allem und allem darfst du nicht verzweifeln an deiner Arbeit, darfst sie der Welt, der Kritik ruhig zeigen."

„Nein, Anitai, nein! Soll ich mich lächerlich machen? Soll ich mir sagen lassen, ich hätte gestohlen?"

„Ernst Brandt weiß von deiner Idee, er wird für dich öffentlich zeugen!"

„Soll er eine Vorrede für mein Buch schreiben, daß ich dieselbe Idee gehabt wie der große Dichter, und daß mein Werk nahezu vollendet war, als sein Buch erschien? Ach, Anitai! Wenn mein Buch ein Kunstwerk wäre wie dieses hier, dann könnte ich es tun. Aber so? Jeder wird dann die beiden Bücher lesen, wird sie vergleichen.

Und ich kann nicht bestehen bei dem Vergleich. Nein, es ist unmöglich. Alles war umsonst, alles."

Sie bat. „Laß uns zur Ruhe gehen, Liebster. Laß uns schlafen. Morgen wirst du alles im anderen Lichte sehen."

„Ich kann nicht schlafen, ich kann nicht ruhen, Anitai. Ich muß denken und denken."

Da blieb sie schweigend bei ihm. Sie legte sich auf das Ruhebett, ganz still war sie, um ihn nicht zu stören. Ihre Augen aber folgten unablässig seiner ruhelos hin und her wandernden Gestalt.

Er rang und kämpfte in dieser Nacht mit seiner Enttäuschung, seiner Mutlosigkeit, seiner grenzenlosen Verzweiflung.

Dann las er sein Buch. Das er schon oft gelesen, das er aber immer mit anderen Augen gesehen als heute. Er las und er verglich. Verglich es mit dem anderen, dem Meisterwerk.

Und das Bewußtsein drückte ihn nieder, daß er niemals ein Werk schaffen könnte, das dem glich, das so groß war wie das, das ihm heute so wehe getan und seine Hoffnungen vernichtet.

Neidlos erkannte er die Größe des anderen. Schmerzerfüllt begriff er sein eigenes Unvermögen.

Er konnte wohl schreiben, ein wenig plaudern, aber ein großes, ein wertvolles Werk würde er niemals schaffen können. Das fühlte er.

Also auch hier noch weniger als eine Durchschnittsbegabung. Auch hier einer unter vielen, einer, der nie herausragen würde, nie etwas zu leisten, das die anderen zur Bewunderung zwang, mit Freude erfüllte.

Sollte, konnte sein Leben so weitergehen?

Mußte seine Kraft sich zerschellen an Versuchen auf diesem und jenem Gebiet, in die er nicht hineingehörte? Mußte er hinfallahm werden, unbrauchbar für alles, ein Mensch ohne Lebenszweck, ohne Lebenswert?

Was sollte er beginnen?

Wo lag das Feld seiner Betätigung, wo war die Stätte, in die er gehörte, wo er brauchbar war, wo er arbeiten konnte?

Wenn es ihm leicht von der Hand gegangen wäre, wenn er diesen Roman mühelos niedergeschrieben hätte und sich morgen an den Schreibtisch setzen konnte, um einen anderen zu beginnen, leicht, fließend, dann wäre es gegangen. Dann hätte er es noch einmal versuchen können auf diesem Gebiet.

Aber er hatte ja um jede Zeile gerungen, um die Worte, um jede Szene, er hatte mit seinen Gestalten gekämpft. Für ihn war die Arbeit eine Last gewesen.

Er hatte auch keine neuen Ideen. Sein Kopf war leer, müde, tot.

Und die Zukunft lag in tiefster Finsternis vor seinen Blicken. —

Der Morgen graute, als Anitai in Schlaf versank. Gert merkte an ihren regelmäßigen Atemzügen, daß sie entschlummert war.

Er stellte sich vor das Ruhebett und sah sie lange an. Hatte er sie glücklich gemacht, wie er es einst ihrem Vater versprochen? War nicht auch ihr Leben ein Kämpfen, ein Sorgen und Sehnen geworden? Litt sie nicht wie er selbst, wenn sie ihn unbefriedigt sah, ließ ihre unendliche Liebe zu ihm sie nicht vielleicht noch schwerer leiden?

Und wie heiß war seine Sehnsucht, sie zu beglücken. Ihr Leben in Sonne zu tauchen, Rosen auf ihre Pfade zu streuen.

Wer wies den richtigen Weg?

Er hob sie empor, schlaftrunken schlang sie die Arme um seinen Hals, aber sie erwachte nicht. Da trug er sie in ihr Schlafgemach. Und bettete sie in die weichen Kissen. Er küßte sie behutsam und ging wieder zurück in sein Arbeitszimmer.

Im Osten dämmerte der neue Tage herauf. Mählich, allmählich wurde es hell.

Gert hatte eine Kerze entzündet. Er nahm die erste Seite seines Romans, hielt sie über die Flamme und ließ sie langsam verkohlen. Seite auf Seite verbrannte er so. Langsam verrichtete er sein Werk, starren, trockenen Auges, eine grenzenlose Müdigkeit, einen tiefen, wehen Schmerz in der Brust.

Er mußte hart sein gegen dies Kind seines Geistes, das keinem zur Freude zum Leben erwacht war, nur ihm selbst zur grenzenlosen Qual.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170124019/fragment/page=0002

Fälle bekannt. So hat die Herrschaft Beynuhnen, die 20 000 Morgen umfaßte, seinerzeit eine sehr extensive Wirtschaft führen müssen, weil ihr das Betriebskapital fehlte. Auch die Grafschaft Rautenburg, die mit den fruchtbarsten Wiesenbesitz in der ganzen Memelniederung hat, war zeitweise nicht in der Lage, ihr Vieh mit eigenem Heu zu ernähren und hat in einzelnen Jahren sogar das Stroh von den Dächern als Viehfutter verwendet, weil es an Betriebsmitteln zum Futterankauf fehlte.

Wenn der Besitzer mehr als zulässig aus dem Besitze herausgezieht, so ist der Mangel an Betriebskapital sehr bald Veranlassung zu einer Verschlechterung des gesamten Ertragsergebnisses, da der gebundene Besitz dem Darlehner gar keine Sicherheit gewährt. Eine dingliche Sicherstellung aber ist zu nahezu ausgeschlossen. So kommt es, daß viele große und reiche Besitzungen einen sehr geringen Ertrag liefern.

Wenn man jetzt in dem Gesetz versucht, diesem Uebelstande dadurch abzuhelfen, daß man den Besitzer verpflichten will, dauernd auf dem Fideikommisse zu wohnen, so wird das der Bewirtschaftung kaum viel nützen, auch wird sich diese Verpflichtung als undurchführbar erweisen. Die zeitweilig langwährende Abwesenheit eines Besitzers nimmt juristisch seinem Besitze noch nicht den Charakter seines Wohnsitzes und die Entfernung vom Besitz von einer besonderen Erlaubnis der Agnaten oder sonstigen Interessenten abhängig zu machen, geht schon um deswillen nicht gut an, weil vielfach die Besitzer von großen Fideikommissen, wie auch jetzt der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, im Reichs- und Staatsdienst tätig sind. Wie will man's ihnen wehren, die Interessen der Allgemeinheit über ihre eigenen zu stellen.

Nach den bisherigen Verhandlungen im Landtage ist es augenscheinlich, daß das Gesetz in der vorliegenden Fassung vielleicht mit geringfügigen Aenderungen Annahme finden wird, da Konservative und Zentrum anscheinend geschlossen dafür eintreten und die Regierung sich auf den sonderbaren Standpunkt stellt, daß mit der Einbringung des Gesetzes der Burgfriede nicht gebrochen wäre. Diese Auslegung ist um so befremdlicher, als die entschiedene Erklärung der fortschrittlichen und nationalliberalen Partei, daß sie Gegner der Erörterung dieses Gesetzes zu diesem Zeitpunkte sind, ganz allein maßgebend dafür sein müßte, ob der Gesetzentwurf den Burgfrieden gefährdet oder nicht. Herr v. Schorlemer und die preußische Regierung mit ihm stellt sich jedoch auf den Standpunkt, daß eine Gegnerschaft der konservativen Partei stets ein Charakteristikum für die Gefährdung des Burgfriedens, während die Gegnerschaft der liberalen Parteien von ihnen als unbeachtlich beiseite geschoben wird. Dieses Messen mit zweierlei Maß entspricht ganz entschieden nicht den berechtigten Ansprüchen einer Zeit, in der ein Jeder mit Gut, Leib und Leben in gleicher Weise für das Vaterland einzutreten hat. Es wäre zu wünschen, daß der Reichskanzler in diesem Falle eingreift und der preußischen Regierung bedeutet, daß das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien, nur Deutsche“ auch für Preußen gilt. Die schleunige Zurückziehung der Vorlage ist die einzige Möglichkeit, hier scharfe Gegensätze zu vermeiden. D.

Protopopows Sieg.

Kopenhagen, 22. Januar. Die führenden Petersburger und Moskauer Zeitungen sehen im Rücktritt des Unterrichtsminister Ignatiew eine bedeutungsvollere politische Tatsache als im Wechsel auf dem Posten des Ministerpräsidenten. Laut „Russkoje Slowo“ war der Beweggrund des Rücktritts Ignatiews folgender: Ministerpräsident Trepow begründete im Ministerrate seinen Entschluß, zurückzutreten, weil der Zar ohne sein Wissen den Innenminister Protopopow im Amte bestätigt und Dobrowolskij sogar gegen seinen Willen zum Justizminister ernannt habe. Darauf stellte sich die Mehrheit des Ministerrates auf die Seite Trepows. Finanzminister Bark, Unterrichtsminister Ignatiew, Minister des Aeußern Pokrowsky und Handelsminister Schachowskoj erbaten sich Audienzen beim Zaren und erklärten ihm, der Ministerrat sei fast einstimmig der Ansicht, daß die Haltung Trepows den Staatsinteressen entspreche. Die vier Minister erklärten ferner, sie bildeten eine Gruppe im Ministerrate, die nicht in allem mit Trepow übereinstimme, doch seien sie mit ihm darin einig, daß, solange Protopopow Minister des Innern bleibe, eine Zusammenarbeit der Regierung mit beiden gesetzgebenden Kammern unmöglich sei. Die Mitarbeit der gesetzgebenden Kammern sei aber in diesem wichtigen Moment für die Erhaltung des inneren Friedens sowie für eine Hirnschaft für Erfolge auf den Schlachtfeldern unentbehrlich. Die öffentliche Meinung des Landes reagiere stark auf jeden gegen die Reichsduma gerichteten Akt der Regierung, und jede noch so unbedeutende Unternehmung in diesem Sinne erhalte dadurch den Stempel des großen Ereignisses. Jetzt fänden auf seiten der Reichsduma auch der Reichsrat und sogar der Rat des vereinigten Adels. Wenn diese drei, alle Klassen und Stände Rußlands vertretenden Körperschaften, nicht als Vertreter der öffentlichen Meinung gelten sollten, so könne die Regierung sich überhaupt auf niemand mehr stützen.

Alle Semstwos, Stadtdumas, Adelskreise, Großgrundbesitzer, Industrielle und Vertreter der Wissenschaft sprächen sich unzweideutig für eine Aenderung des Kurses in der inneren Politik aus und für eine Annäherung der Regierung an die gesetzgebenden Kammern. Solange die dieser Zusammenarbeit sich entgegenstellenden Hindernisse nicht beseitigt seien, sei für die Regierung jede normale gesetzgeberische und Verwaltungstätigkeit unmöglich. Sollte dieser Standpunkt vom Zaren nicht geteilt werden, so ersuchen die vier Minister um ihre Entlassung.“

Laut „Russkoje Slowo“ schloß sich der Chef der eigenen Kanzlei des Zaren, Tanejow, dem Standpunkt der vier Minister an. Jedoch wurde er vom Zaren verworfen, was zunächst der Austritt Ignatiews zur Folge hatte. Im Hinblick auf diese Darstellung im „Russkoje Slowo“ gewinnen die Meldungen aus Paris und London, denen zufolge die Minister Bark, Schachowskoj und Pokrowsky längere Krankheitsurlaube erhalten haben, einige Wahrscheinlichkeit.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Englischer Fliegerangriff auf Bagdad.

O. London, 22. Januar. Amtlich wird gemeldet: Unsere Flugzeuge haben am 20. Januar 600 Pfund Bomben auf und rund um die türkische Munitionsfabrik in der Zitadelle von Bagdad geworfen.

Der bulgarische Bericht.

WTB. Sofia, 22. Jan. Amtlicher Bericht vom 22. Jan. Mazedonische Front: Zwischen dem Prespa-See und der Cerna schwaches Artillerie- und Gewehrfeuer. Im Cernabogen nichts von Bedeutung. Oestlich von der Cerna in der Umgebung von Grabesnitza versuchte eine feindliche Abteilung, sich unseren vorgeschobenen Gräben zu nähern, wurde aber durch Gegenangriff vertrieben. In der Gegend von Moglena vereinzeltes Artillerie-, Gewehr-, Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer. Im Wardartal und an der Struma schwaches Artilleriefeuer und an einigen Stellen Patrouillengefechte.

Rumänische Front: Artilleriefeuer feindlicher Schiffe gegen Tulcea.

Die Taten der neuen Möwe.

WTB. Bern, 22. Januar. Wie das „Petit Journal“ aus Rio de Janeiro meldet, haben der brasilianische Präsident und der Minister des Aeußern angesichts der verschärften Kriegstätigkeit in der Nähe der Küste beschlossen, die Ueberwachung der nordbrasilianischen Küste durch die sofortige Entsendung des Küstenpanzerschiffes „Deodoro“ anzuordnen.

Versenkt.

WTB. London, 22. Januar. „Lloyds“ meldet, daß der englische Fischdampfer „Certus“ versenkt, die Besatzung gerettet worden sei.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

Berlin, 23. Januar.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er ausführte: Möge das Jahr 1917 doch noch das Jahr des Friedens werden. Nur wenige Tage trennen uns von Kaisers Geburtstag. Wenn an diesem Tage schon sonst die Herzen aller Deutschen höher schlugen, so braust diesmal ein Ruf wie Donnerhall durch alle deutschen Gaue, dringt zu des Kaisers und Königs Thron der Ruf zu fester und ernster Entschlossenheit noch lauter als in der denkwürdigen Abendstunde nach der Kriegserklärung. Noch niemals hat ein Volk mit größerem Einsatz seiner höchsten Güter so hart um seine Existenz gerungen. Hohn, Spott und die freche Unterstellung unrichtiger Motive war der Feinde Antwort auf unser Friedensangebot. Die Gegner wollen den Krieg fortsetzen, bis wir vollständig vernichtet sind. Jetzt naht des Deutschen Reiches Schicksalsstunde. Zum zweiten Male ist nach dem Willen der Feinde der Krieg erklärt worden. Heute steht ein ernsteres, reiferes und sieggewohntes Volk hinter seinem Herrscher. Die Rede klang in einen Hochruf auf den Kaiser aus.

Der Entwurf des Schätzungsgesetzes und betr. Förderung der Staatsschaften wird dem Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf betr. Aenderung des Gerichtskostengesetzes, Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird angenommen.

Die Petition des Magistrats von Hann. Münden um Fortbestand der Forstakademie wird nochmals an den Ausschuß zur schriftlichen Berichterstattung verwiesen.

Eine Reihe weiterer Petitionen wird erledigt.

Nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt.

Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. Januar.

Am Ministertisch v. Sydow.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. und erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstage zu übermitteln.

Der Gesetzentwurf betr. die

Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechtes für Kriegsteilnehmer,

wonach sich die Geltungsdauer auf 1917 erstreckt, wird in 1. und 2. Lesung ohne Debatte angenommen.

Der Antrag Heydebrand (kons.) und Gen. betr. Abänderung der Geschäftsordnung, wonach der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmt, wird debattelos einstimmig angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes betr. Gewährung einer

Entschädigung an die Mitglieder des Hauses.

Nach den Kommissionsbeschlüssen soll der in der Regierungsvorlage vorgesehene Abzug von 20 M. bei Fernbleiben von der Vollsitzung nicht abgezogen werden, wenn das Mitglied an der Ausschußsitzung teilgenommen hat, oder ein außerhalb von Berlin Wohnender durch Krankheit verhindert war.

Der Antrag Arendt (freikons.), der die Streichung des Kommissionsbeschlusses fordert, wird angenommen.

Im übrigen wird der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der

Hibernia-Vorlage.

Abg. Althoff (natlb.) berichtet über die Verhandlungen in der Kommission, die unveränderte Annahme beantragt.

Abg. Schmedding (Zentr.): Wir sind immer Gegner der Verstaatlichung von Bergwerken gewesen. In diesem Fall, wo der Staat größeren Einfluß auf das Kohlen-Syndikat gewinnt, stimmen wir für die Vorlage.

Abg. Schrader (freikons.) erklärt sich für das Gesetz.

Abg. Oeser (fortschr. V.): Der Einfluß des Staates, der durch den Erwerb der Hibernia gestärkt wird, ist für die Preisbildung bedeutungsvoll. Wir stimmen deshalb zu.

Abg. Macco (natlb.) spricht sich für die Vorlage aus.

Handelsminister Sydow: Die Form der Aktiengesellschaft gilt nur für die Uebergangszeit. Das Werk soll später ganz in staatliche Verwaltung genommen werden. Wir sind bestrebt, mäßigend auf die Preisgestaltung einzuwirken. In dieser Richtung wird der Einfluß auf das Kohlensyndikat durch den Hibernia-Kauf gestärkt.

Abg. Hue (Soz.) begründet einen Antrag Braun, wonach in den Betriebsberichten der Bergverwaltung künftig Angaben über die Kohlenförderung der Hibernia, ausgezahlte Lohnsummen usw. gefordert werden. Redner hält den Erwerbspreis für zu hoch. Die Folge wird ein Druck auf die Arbeiterlöhne sein. Wir lehnen die Vorlage ab.

Handelsminister Sydow: Die Gründe des Abg. Hue sind nicht stichhaltig. Ich bitte, den Antrag Braun abzulehnen.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Wir stimmen für die Vorlage.

Die Vorlage wird unverändert angenommen, desgl. die Kommissionsentschließungen, wonach bis zur Beratung des Bergetats der Wortlaut der zwischen der staatlichen Bergbauverwaltung und dem Kohlensyndikat abgeschlossenen Verträge betr. den Beitritt des Fiskus zum Syndikat bekannt zu geben ist; ferner der Wortlaut der vom 1. Januar 1917 gültigen Satzung des Kohlensyndikats sowie eine Auskunft darüber, wie das Gutachten über die Hibernia zustande kam.

Der Antrag Braun wird abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. Gewährung einer Entschädigung an die Abgeordneten.

Abg. Freiherr v. Richthofen-Mertschütz (kons.): Die Mehrheit meiner Freunde hat Bedenken gegen das Gesetz, durch welches das Berufsparlamentariertum vermehrt würde. Auch hätten die in Berlin wohnenden Mitglieder Vorteile gegenüber den anderen. Wir beantragen, die in der zweiten Lesung gestrichenen Kommissionsbeschlüsse wiederherzustellen.

Die Abgeordneten Waldstein (F. Vpt.) und Leinert (Soz.) treten für die Beschlüsse der zweiten Lesung ein.

Abg. Friedberg (natl.): Das Gesetz hat rein technischen Charakter und keine politische Bedeutung.

Geheimrat Meister: Die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse macht die Vorlage für die Regierung unannehmbar.

Abg. Hoffmann (Soz.): Die alte Richtung tritt für die Beschlüsse der zweiten Lesung ein.

Die Konservativen verzichten auf ihren Antrag zugunsten eines Antrages Varenhorst (freikons.) und Brockmann, wonach ein Abzug nicht stattfindet, wenn ein auswärtiges Mitglied in einem Monat nicht mehr als vier Vollsitzungen versäumt hat.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 128 Stimmen abgelehnt und der Gesetzentwurf im ganzen gegen die Konservativen angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Aenderung des Artikels 85 der Verfassung wird gegen die Konservativen angenommen.

Ein Antrag König (Ztr.) betr. Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an zum Heeresdienst eingezogene Beamte sowie ein Antrag Schmidt (Ztr.) betr. Kinderbeihilfen für die zum Heere eingezogenen Staatsarbeiter werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Sicherstellung des kommenden Wahlrechts der Kriegsteilnehmer wird in dritter Beratung angenommen.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt, nicht vor dem 6. Februar.

Deutsches Reich.

Zur Abgeordnetenersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Der frühere Redakteur Karl Leid vom „Vorwärts“ ist zum Kandidaten für die am 20. März d. J. stattfindende Abgeordnetenersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk ernannt worden. Leid ist Stadtverordneter und gehört der Gruppe Ledebour, Luxemburg, Liebknecht an. Die bürgerlichen Parteien sind sich noch nicht schlüssig, ob sie einen gemeinsamen oder eigene Kandidaten aufstellen werden.

Zusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag wird voraussichtlich erst Mitte Februar wieder zu Plenarversammlungen zusammentreten.

Halle und Umgebung.

Halle, den 24. Januar 1917.

Von der Universität. Zum Nachfolger des Professors Kuttner auf dem Lehrstuhl für Zivilprozeßrecht, Rechtsvergleichung und deutsches bürgerliches Recht an der Universität Frankfurt a. M., ist Professor Dr. jur. Max Pagenstecher von der Universität Halle in Aussicht genommen. — Ernannt wurde der Privatdozent Dr. Friedrich Pfeiffer von der Universität Halle zum etatsmäßigen a. o. Professor für Mathematik an der Universität Heidelberg als Nachfolger des im Kampfe gefallenen Prof. Dr. W. Vogt.

Die heutige Sitzung der Handelskammer findet schon um 11 Uhr (nicht, wie irrtümlich bekanntgegeben war, erst um 11½ Uhr) statt.

Taschen zu! Aus Berlin wird berichtet: Es spukt sowohl auf dem Wild- als auch auf dem Fischmarkt mit Auslandsware zu Wucherpreisen. Da kommen neuerdings Oelsardinen auf den Markt, kleine minderwertige Fische, die höchstens einen Wert von 60 Pfg. pro Dose haben, aber schon bis auf 2,50 Mark herausgetrieben sind. Die Angelegenheit hat das Kriegswucheramt in die Hand genommen. Es ist aber zu erwarten, daß die Ware schleunigst in die Provinzstädte abgeschoben wird.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Auf zahlreiche Anfragen hin sei hervorgehoben, daß der Vortrag des Herrn Direktor Thiersch im Rahmen der üblichen Mittwochsvorträge des Bundes stattfindet und nicht vom Kunstgewerbeverein veranstaltet wird. Irrtümlich ist ferner die Ansicht, daß die Vorträge nur den Mitgliedern des Bundes zugänglich sind. Diese haben den Zutritt zu allen Vorträgen frei. Nichtmitglieder dagegen bezahlen 50 Pfennig für den einzelnen Vortrag.

Der Hallische Geflügelzüchter-Verein e. V. hält am 3. und 4. Februar d. J. in den Gesellschaftssälen des „St. Nicolaus“ seine 1. Vereins-Geflügel- und Kaninchenschau ab. Diese Schau tritt insofern aus dem Rahmen anderer ähnlicher Veranstaltungen heraus, als nicht nur gutes Zuchtmaterial an Hühnern, Wassergeflügel, Tauben und Kaninchen zur Schau und Kauf gebracht werden wird, sondern es ist auch eine Ausstellung von einem modernen Geflügelhof mit allen erforderlichen Zuchtgeräten, Brutapparaten und Aufzuchtkästen geplant, deren Einrichtungen und praktische Benutzung den Besuchern mehrere Male täglich erläutert werden. Die Ausgestaltung und Durchführung der Geflügelschau soll in weiteren Kreisen das Interesse an der Kleintierzucht wecken; es wird daher der Besuch dieser Ausstellung empfohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170124019/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

Lochau, 23. Jan. (Amtseinführung.) Am Sonntag fand hier durch Herrn Konsistorialrat Gutschmidt-Zeideburg die Einführung des zum Nachfolger des Herrn Pfarrers Deckert für die hiesige Parochie bestimmten Herrn Pfarrers Nebelung statt. Als Beistand amtierte der bisherige Vertreter der Pfarre, Herr Pastor Riebus aus Burgliebenau. Der Feier wohnten außerdem der Gemeindekirchenrat, Mitglieder der Kirchenvertretung und zahlreiche Glieder der Kirchengemeinde bei. An die gottesdienstlichen Handlungen reihte sich noch eine Versammlung des Gemeindekirchenrats an.

n. Weißenfels, 23. Jan (Bestrafter Brandstifter.) Vergangenes Jahr ging eine Feldscheune des Stadtgutsbesitzers Doetz hier in Flammen auf; für 17 000 Mark Saatweizen fiel dem Feuer zum Opfer. Der Etuismacher Gustav Heilmann, der in der Scheune genächtigt und den Brand fahrlässig verschuldet hatte, erhielt jetzt als Strafe ein Jahr Gefängnis.

◇ Weißenfels, 23. Jan. (Amtmann König,) der sich in unserer Gegend durch seine Verdienste um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einen guten Namen gemacht hat, ist jetzt in dem hohen Alter von 96 Jahren verschieden.

Merseburg, 23. Jan (Eine neue Einbrecher- und Diebesbande) ist jetzt hier ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um 10 Personen aus dem Kreise Merseburg und der Stadt Halle. Sie raubten in den letzten Tagen erneut massenhaft Lebensmittel und Lebensmittelkarten.

n. Teuchern, 23. Jan. (Treibriemendiebstahl.) Auf der Grube „Kameradschaft bei Naundorf wurde der Treibriemen des Antriebmotors im Förderturm gestohlen. Der Riemen war 10 m lang und hatte einen Wert von etwa 400 Mark.

Mansleben, 23. Jan (Mit Pferd und Wagen durchgebrannt.) Der Bauer Donaratt aus Höhnstedt hatte am vergangenen Sonnabend morgen seinen Knecht, den er erst am Mittwoch in Arbeit genommen hatte, beauftragt, in Oberröblingen eine Fuhre Kohlen zu holen. Der neue Knecht zog es aber vor, nach Halle zu fahren, um die Pferde dort zu verkaufen. Einem Hausdiener in einer Wirtschaft, in der das Geschirr untergebracht war, fiel es auf, daß die Pferde verschwunden waren. Die Polizei wurde benachrichtigt, und es gelang ihr, den ungetreuen Knecht mit einem Komplizen festzunehmen.

Eisleben, 23. Jan. (Zu dem Grubenunglück auf dem Bistthumschacht) wird noch folgendes Nähere berichtet: Sonnabend vormittag während des Schichtwechsels sind auf dem Bistthumschachte drei Bergleute bei Sprengungsarbeiten verunglückt. Das Unglück entstand durch einen verspätet losgegangenen Schuß. Der Bohrer Franke aus Polleben ist schwer verletzt an den Beinen, an der Brust und im Gesicht. Der 31jährige Paul Elster, verheiratet und Familienvater, aus Thondorf wurde sofort getötet. Ein dritter Bergmann aus Volkstedt erlitt Hautabschürfungen im Gesicht.

◇ Pouch bei Bitterfeld, 22. Jan. (Ertrunken.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich im benachbarten Mühlbeck. Dort überschritten zwei Kinder des Zimmermanns O., um den Weg abzukürzen, ein zugefrorenes tiefes Tonloch. Plötzlich gab die Eisdecke nach und die Kinder versanken in die Tiefe. Auf die Hilferufe eilten aus der nahen Tongrube Arbeiter herbei, denen es gelang, das 13jährige Mädchen zu retten. Der 9jährige Bruder war bereits in die Tiefe versunken. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden

Vermischtes.

Frau Kupfers Schwindeleien.

Noch 850 000 Mark vorhanden.

Für den Konkurs, der — wie gemeldet — über das Vermögen der Frau Kupfer eröffnet worden ist, stehen auf den sechs Bankkonten der Schwindlerin insgesamt 830 000 Mark zur Verfügung, zu denen noch 25 000 Mark Kriegsanleihe treten. In der Wohnung wurden nur 45 Mark Wirtschaftsgeld vorgefunden.

Frau Kupfer ist im vollen Umfange geständig. Sie ist die Witwe eines Leipziger Rauchwarenhändlers Heinemann und am 1 Dezember 1875 in Leipzig geboren. Nachdem ihr Mann verstorben war, hatte sie in Leipzig ein Bijouteriewarengeschäft, das sie aufgeben mußte. Frau Kupfer hat zwei Kinder, einen Sohn, der mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte, und die Tochter Gertrud, die die Inhaberin des Nahrungsmittel-Geschäfts in der Bülowstraße in Berlin ist. Diese scheint nicht den ganzen Umfang der Geschäfte ihrer Mutter gekannt zu haben. Sie hatte vor dem Kriege in Leipzig ihre Fliegerprüfung bestanden und auch größere Flüge ausgeführt.

Die Vermutung, daß im Hintergrunde der Unternehmungen als Urheber ein Mann stehe, hat sich nicht bestätigt. Die unternehmende Frau hat ganz auf eigene Faust gehandelt. Sie ist selbst auf den Gedanken gekommen, neben ihrem mit wirklich vorhandenen Waren betriebenen bescheidenen Nahrungsmittelhandel die großen Schein- und Schwindelgeschäfte zu betreiben. Daß sie daneben auch andere Möglichkeiten, Geld zu verdienen, nicht ungenützt ließ, beweist der Umstand, daß sie sich mit einer Summe von 28 000 Mark an der Herstellung zweier Filmdramen beteiligte, die der Berliner Schauspieler Ingo Brandt aufnehmen ließ. Im Bureau beschäftigte sie einen Restaurateur und Liedersänger, der zu den Festlichkeiten am Kaiserdamm auch ständig zugezogen war. Die letzte große Festlichkeit in der Wohnung der Frau Kupfer fand am Heiligen Abend statt.

Der „Kundenkreis" der Frau Kupfer läßt sich ziemlich genau feststellen. Aufzeichnungen über Einlagen, Quittungen über Zahlungen, Abrechnungszettel, zum Teil nur mit Bleistift geschrieben, geben über ihn Auskunft. Andere Kunden wurden in der Wohnung noch festgestellt, als sie kamen, um sich nach dem Stande der Dinge zu erkundigen. So schickte ein Offizier seinen Burschen, um einen Scheck über 55 000 Mark noch zahlbar machen zu lassen. Er wußte noch nicht, daß der Schwindel aufgedeckt und die Kriminalpolizei in der Wohnung war. Auch diese 55 000 Mark kommen in die Masse. Die Einleger sind nicht alles vermögende Leute. Auch kleine Leute haben sich an den Geschäften mit gutem Gewinn beteiligt, so eine Gemüsehändlerin mit 12 000 Mark und ein Barbier mit 3000 Mark Einlage.

200 Tote bei der Londoner Explosion.

c. B. Amsterdam, 23. Januar. Nach Meldungen der Amsterdamer Blätter hat sich die Zahl der bei der furchtbaren Londoner Explosionskatastrophe umgekommenen Menschen bereits auf 200 erhöht. Der Materialverlust ist ungleich größer, als im ersten Augenblick angenommen wurde. Auch die Zahl der Toten dürfte wahrscheinlich noch einen größeren Zuwachs erfahren.

Erfroren. Aus Ostpreußen werden 8 Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. Die Kälte hat dort 20 Grad, im Weichselgebiet 16 Grad erreicht.

Rodelunfälle. Gestern hat sich im Siebengebirge beim Rodeln eine Anzahl Unglücksfälle zugetragen. Ein Schüler namens Hoffmann aus Godesberg, dessen Vater im Felde steht, prellte derart gegen einen Baum, daß der Tod sofort eintrat. Zwei weitere Personen erlitten schwere, eine Anzahl anderer leichtere Verletzungen.

Unwetterverheerungen in England. In vielen Teilen Englands haben Schneeverwehungen und Hochwasser starke Verkehrsstörungen hervorgerufen. Die Themse ist abermals gestiegen und ihr Wasserstand zwei Meter höher als in normalen Zeiten. In Derbyshire hat ein Schneesturm große Verwüstungen angerichtet; der Schnee liegt teilweise mehr als drei Meter hoch, der Verkehr ist vollkommen unterbunden. In Süd-Essex fällt der Schnee ununterbrochen und hat bereits eine Höhe bis zu vier Metern erreicht.

Immer noch Rasputin. Die „Russkoje Wolja" erfährt, daß Fürst Pakadse, der Verlobte von Rasputins Tochter, Selbstmord begangen. Weiter sei ein bekannter Dumaabgeordneter auf Grund der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente verhaftet worden. Der Name dieses Abgeordneten wird nicht bekanntgegeben, wodurch die ganze Affäre noch geheimnisvoller wird.

Tod nach dem Genuß von Graupe. Die „Preußisch-Litauische Zeitung" meldet aus Szittkehmen: In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag erkrankte die Arbeiterfamilie Schuy, bestehend aus sechs Personen, nach dem Genuß von Graupe. Drei Kinder im Alter von acht, elf und dreizehn Jahren, starben noch in derselben Nacht. Da zur Zeit kein Arzt im Orte war, wurde der Apotheker und die Schwester des Krankenhauses herbeigerufen, die den Vater, die Mutter und eine Tochter von fünfzehn Jahren noch zu retten vermochten. Die beiden letzten Personen liegen schwerkrank danieder, ob sie mit dem Leben davonkommen, ist fraglich. Die drei Leichen der Kinder wurden beschlagnahmt und die gerichtliche Untersuchung muß ergeben, ob das Unglück auf den Genuß der Graupe oder auf eine andere Ursache zurückzuführen ist.

Aufblühen des Flachsbaues am Rhein. Am Niederrhein, wo früher ein bedeutender Flachsbau betrieben wurde, beginnt er anscheinend wieder aufzuleben. In dem Kreise Kempen wurden im vorigen Jahre günstige Erfahrungen mit dem Anbau von Flachs gemacht. Darum ist in diesem Jahre mit einem viel stärkeren Anbau zu rechnen. Die Kriegsflachsbaugesellschaft gewährt recht vorteilhafte Bedingungen, so erhalten die Landwirte für jeden Morgen angebauten Flachs ½ Zentner Stickstoffdünger. Die Flachsbauer dürfen auch auf Vorzugslieferung von Kalisalzen rechnen.

Altar und Kanzel in Feldgrau. Eine feldgraue Altar- und Kanzelbekleidung soll jetzt die Kadiner Kirche erhalten. Mit deren Herstellung ist die Kunstwerkstätte von Margarete Pfaff in Chemnitz betraut.

Letzte Depeschen.

Wiener Pressestimmen über die Wilson-Note.

WTB. Wien, 23. Januar. In Besprechung der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat erkennen die Blätter an, daß Wilson aufrichtig und ehrlich bestrebt sei, für die Beendigung des Weltkrieges und die Vorbereitung des Weltfriedens einzutreten. Sie betonen, daß sich Oesterreich-Ungarn mit der Annahme seiner Grundsätze, insbesondere der Freiheit der Meere, einverstanden erkläre. Ebenso weisen die Blätter darauf hin, daß die Anschauungen Wilsons über die Nationalitäten und über ihre Zugehörigkeit zu den Staaten Oesterreich-Ungarn gestatte, mit stolzem Bewußtsein zu sagen, daß die Nationalitäten, die in der Monarchie vereinigt leben, sich nie von ihr fortsehnten.

Die Blätter verweisen schließlich darauf, daß manche Punkte in der Botschaft Wilsons der Aufklärung bedürfen. Wilson hält es für die Herstellung eines dauernden Friedens für notwendig, daß es weder Sieger noch Besiegte im Weltkriege geben solle. Da sich aber manche seiner Ausführungen deuten lassen, als ob er sich in vielen Fragen auf den Standpunkt der Antwort der Entente stellen würde, in der bekanntlich die Auflösung Deutschlands, die Vernichtung der Türkei, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns verlangt wird, scheint hier ein kaum verständlicher Widerspruch vorzuliegen.

Die „Neue Freie Presse" schreibt: Wir bekommen Andeutungen auf die Zukunft, die in der Gegenwart nicht fällig und nicht einlösbar sind. Der amerikanische Friede ist klingende Beredsamkeit ohne unmittelbare Brauchbarkeit. Er würde den Krieg nicht abkürzen, sondern verlängern, weil er in wenig verschleierten Anspielungen eine Neuteilung Europas vorschlägt, Umwälzungen, die noch weitere Millionen von Menschenleben kosten müßten.

Im „Neuen Wiener Journal" heißt es: Wilson enthüllt sein wahres Antlitz. Er will den anderen Nationen zu Hilfe kommen, wie er selbst sagt. Welche Nationen meint er? Daß er darunter die Zentralmächte meint, ist nach dem ganzen Geiste der Botschaft wohl nicht anzunehmen. Wilson ist nur für einen amerikanischen Frieden für Europa. Die Zentralmächte sind nur für einen gerechten Frieden, der dem Ursprung des Krieges und der künftigen Sicherung unseres eigenen Lebens entspricht. Zwischen diesen beiden Friedensarten scheint jedenfalls ein großer Unterschied zu bestehen.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 22. Januar. Heeresbericht vom 21. Januar. Oestlich von Kut el Amara nahm der Feind während der ganzen Nacht zum 19. Januar die von uns geräumte Stellung unter das Feuer seiner leichten und schweren Artillerie und griff am folgenden Morgen diese Stellung mit einer Infanteriebrigade an. Bei dieser Gelegenheit wurde der Feind von uns unter Flankenfeuer genommen und erlitt dadurch schwere Verluste.

Persische Front: Eine feindliche Abteilung griff uns in der Gegend Dauleta-Abad an, wurde jedoch abgewiesen und zog sich in Richtung auf Diz-Abad zurück. Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Der erste Zug des Maritza-Transportes.

Sofia, 23. Januar. Gestern ist hier der erste Zug des Maritza-Transportes eingetroffen, der für Bulgarien bestimmte Waren aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn bringt.

Eine Kundgebung der Parlamentspräsidenten der Mittelmächte.

WTB. Berlin, 23. Januar. Gestern abend fand in den Räumen des Präsidentenhauses des Reichstages ein Empfang im Familienkreis statt. Bei dieser Gelegenheit übergaben die Parlamentsführer der verbündeten Reiche dem Präsidenten Dr. Kaempf mit der Bitte um Veröffentlichung die folgende Kundgebung:

Bei dem Verlassen der deutschen Reichshauptstadt drängt es uns, in kurzen Worten das zusammenzufassen, was uns bei unserem nunmehr abgeschlossenen Besuch bewegt hat. Unsere Zusammenkunft ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo die Völker unseres Bundes auf die Verkündigung der Eroberungsziele unserer Feinde mit der erneuten, einmütigen Bekräftigung des Siegeswillens geantwortet haben. Welche Opfer die kommenden Kämpfe noch fordern mögen, sie werden dargebracht werden in gerechter Verteidigung gegen einen Feind, der seine Raub- und Vernichtungspläne ohne Scham enthüllt hat. Fest und kraftvoll stehen unsere Völker bereit, jeden neuen Ansturm zu wehren. Heer und Heimat verharren in gleich unerschütterlichem Entschluß zum Kampf, bis der Sieg erzielt ist. Indem wir dies aussprechen, wissen wir, daß der Herzschlag unseres Volkes mit unseren Worten ist. Alle unsere Gedanken aber sind bei unseren im Kampf und Tod getreuen Heldensöhnen. Ihnen bringen wir gemeinsam den Gruß der Heimat dar.

Versenkt.

Rotterdam, 23. Januar. Lloyds melden: Versenkt wurden die Dampfer „Carlisle" (644 Tonnen) (?), „Donklara", „Sestwoos" (?), „Fort Nikolson" (7412 Netto-T.), „Makarini" (8418 Brutto-Reg.-Tonnen, in London beheimatet, der Commonwealth & Dominion-Linie gehörig) und „Matina" (3870 Brutto-Reg.-Tonnen, aus Newcastle, Eigentum der Nederei Elders & Fyffes).

London, 23. Januar. Lloyds melden: Der englische Fischdampfer „Certus" ist versenkt worden, die Besatzung ist gerettet.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 23. Januar. Der gegenwärtige Stillstand der größeren Kriegsoperationen und der Mangel sonstiger Anregungen bilden fortgesetzt den Anlaß der Zurückhaltung unserer Geschäftskreise. Auf dem Montangebiet setzten die führenden Werte fest ein, um sich dann etwas abzuschwächen. Dies gilt von Phönix, Bochumer, Harpener, Caro, Oberbedarf, Rheinstahl, Bismarckhütte und Rombacher Aktien. Thale, Zypen-Wissen, Kattowitzer, Braunkohlen- und Brikettwerke, Rositzer und Langenbreer sprachen sich dagegen fester aus. Von Rüstungswerten verkehrten Hansa-Lloyd, Hindrichs-Auffermann, Hugo Schneider, Genschow und Osnabrücker Kupferaktien fester, dagegen Hirsch Kupfer abgeschwächt. Elektrizitätswerte ruhig: Auer etwas befestigt, Telefon-Berliner und Körting matter. Schiffahrtsaktien gedrückt. Fester stellten sich Nektunwerft Aktien. Kaliwerte kaum verändert. Von sonstigen Werten nennen wir: Große Berliner Straßenbahn als geschwächt, dagegen Deutsche Erdöl und Steaua Romana, ferner Aachener Lederfabrik, J. P. Bemberg, Hannoversche Waggon und Orenstein-Aktien gebessert. Deutsche Anleihen fest, 3½proz. Reichsanleihen und Consols gefragt. Oesterreich-ungarische Renten und Russen etwas fester, ebenso Türkische Tabakaktien, dagegen Petersburger Internationale Bank schwächer. Tägliches Geld zirka 4 Prozent; Privatdiskont 4⅝ Prozent und darunter.

Devisenkurse.

Berlin, 23. Januar 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	5,52	5,54	5,52	5,54
Holland	100 fl.	238⅝	239¼	238¾	239¼
Dänemark	100 Kr	163	163¼	163	163¼
Schweden	100 Kr	171¼	172¼	171¼	17 [illegible]
Norwegen	100 Kr.	165¼	165¾	165¼	165¾
Schweiz	100 Fr.	117¼	118¼	117¼	117¼
Wien / Budapest	100 K.	63.95	64.05	63.95	64.05
Bulgarien	100 Leva	79,50	80,50	79,50	80,50

Getreide.

Berlin, 23. Januar. Die Drescharbeiten nehmen ihren Fortgang und werden eifrig befördert, wozu die augenblickliche Witterung gute Gelegenheit bietet. Am heutigen Platz verlief das Geschäft sehr still. In Industriehafer kamen einige Umsätze zustande. Am Saatenmarkte ist keine Veränderung eingetreten. Wetter: Milder, trübe.

Eisenhüttenwerk Thale Akt.-Ges. Die Anfechtungsklage des Justizrats Dr. Winkelmann in Charlottenburg gegen die Generalversammlungsbeschlüsse vom 25. März 1916 wurde heute unter Aufhebung des Urteils des Landesgerichts Halberstadt vom 4. Juli 1916 vom Oberlandesgericht Naumburg kostenpflichtig abgewiesen. Es handelt sich bekanntlich um die Beschlüsse bezüglich der Gewinnverteilung und der Tantiemeberechnung. Das Landgericht Halberstadt hatte sie insofern für nichtig erklärt, als die Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat auch von den Rückstellungen und den Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke mit berechnet waren. Nunmehr sind also auch diese Beschlüsse im vollen Umfange vom Oberlandesgericht für gültig erklärt worden.

Verkauf alter Schienen und Schwellen. Die Eisenbahndirektion Hannover brachte 710 To. alte Schienen und Schwellen bei recht lebhafter Angebotsbeteiligung zum Verkauf. 498 To. wurden vom öffentlichen Verkauf zugunsten der Heeresverwaltung zurückgezogen, die sämtliche Lose in Stahl- und Eisenschienen, Schwellen und Laschen zugeschlagen erhielt. Für das übrige Altmaterial wurde bezahlt: Stahlschrott 82,85—90,00 (am 22. September v. J. 84,23—85,53) Mk., Eisenschrott von Schmiedeeisen 70,00—82,06 (78,14—86,17) Mk., Gußschrott von Maschinenteilen, unverbrannt, durchweg sowertes Gußbruch 135,00—140,66 (81,10—81,50) Mk., Blechschrott aus Flußeisen, zumeist Feinblech 37,97—38,20 (34,20 bis 40,20) Mk., Schienenherzstücke aus Flußeisen mit gußeisernen Platten 100—109,46 (76,00—78,12) Mk., Zungenvorrichtungen verschiedener Formen aus Fluß- und Schweißeisen 101,80—110,16 (75,50—78,12) Mk., alles für je 1000 Kg. frei auf den Wagen der Lagerorte Leinhausen und Grohn-Vegesack bei Bremen. Wie sich aus diesem Ergebnis ergibt, zeigen die Schrottpreise einen Rückgang für Stahl- und Eisenschrott. Dies ist augenscheinlich auf die Bildung des neuen Schrotthandels-Verbandes zurückzuführen, der für Mittel- und Westdeutschland die Schrottversorgung der Hüttenwerke übernommen hat und seine vornehmste Aufgabe in der Regelung der Verkaufspreise sieht.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 22. Januar. Weizen. Mai 137, Juli 153¼ September 136½. Mais: Mai 101⅞, Juli 99⅞, September —. Schmalz: Jan. 15,90, Mai 16,25, Juli 16,40. Pork: Jan. 30,40, Mai 29,20, Juli 28,92½. Rippen: Jan. 15,15, Mai 15,65, Juli —. Hafer: Mai 58⅝, Juli 55⅞.

Newyork, 22. Januar. Winterweizen: 201. Weizen Nr. 1 northern: 223. Mais nominell. Zucker zentrifugal: 526. Mehl: 840—860. Kaffee: 16.

Elbe (23. Januar).

Aussig	+0,85	Roslau	+2,11
Dresden	−0,50	Barby	+2,34
Torgau	+1,70	Saalebeck	+2,25
Wittenberg	+2,83	Magdeburg	+1,54

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw. Hans Natonek; für Musikkritik: Siegfried Dyck; Letzte Nachrichten: Hans Natonek; für den Anzeigenteil: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Hendel, Simtich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170124019/fragment/page=0004